

A1 Rechenschaftsbericht des Landesvorstands der Grünen Jugend Bremen für das Verbandsjahr 23/24

Gremium: Landesvorstand der Grünen Jugend Bremen

Beschlussdatum: 30.10.2024

Tagesordnungspunkt: 1. Anträge

Antragstext

1 Vielen Dank für ein fantastisches Verbandsjahr! Hier unser Wrap-Up

2 Kampagne zur Europawahl

3 Die Kampagne zur Europawahl unter dem Motto „Kein Bock auf Krise!“ wurde in
4 Bremen nach Vorlage der Bundesebene umgesetzt und hat die erste Hälfte des
5 Jahres das Zentrum unserer politischen Arbeit dargestellt. Unser Kampagnenteam
6 organisierte und plante die Kampagne für uns im Land Bremen. Der Hauptfokus der
7 Kampagne lag im „Organizing“, also der Neugewinnung von Mitgliedern. Dieses Ziel
8 wurde verfehlt, eine Aufarbeitung geschah durch das Kampagnenteam. Positiv
9 bewerten wir, dass wir mit vielen Menschen in Kontakt gekommen sind und unsere
10 Mitglieder gut einbinden konnten.

11 Bildungsarbeit

12 Das zum zweiten Mal gewählte Bildungsteam plante im letzten Verbandsjahr 40
13 Veranstaltungen für unsere Mitglieder. In verschiedenen Formaten, als Workshop-
14 Wochenende und als Donnerstagsveranstaltung waren dabei Europa,
15 Rechtsextremismus und Finanzen die Themen. Auch zum Teil neue Formate wie
16 Diskussionsrunden, Aktionstreffen, Workshops und Filmeabende wurden erfolgreich
17 organisiert. Mit diesen Workshops konnten wir unsere Basis erfolgreich
18 weiterbilden und sprechfähiger werden.

19 Aktuelle politische Themen sowie spezifische Themen, die aus den genannten
20 Themenblöcken herausfallen, und Themen aus der Bremer Politik konnten wir in
21 Diskussionsrunden in Form der „aktuellen politischen Lage“ umsetzen. Die
22 aktuelle politische Lage wurde in diesem Jahr einmal im Monat durchgeführt. Hier
23 wurden in Kleingruppen bis zu drei Themen pro Veranstaltung diskutiert.

24 Im letzten Jahr haben wir insgesamt 17 externe Referent*innen für unsere
25 Bildungsveranstaltungen beauftragt, darunter waren 8 FINTA*-Personen. Außerdem
26 haben 8 Personen aus der GJ Bremen inhaltliche Workshop geleitet, darunter waren
27 6 FINTA*-Personen. Bei Wirtschafts- und Finanzpolitischen Workshops, die
28 erfahrungsgemäß viel von Cis-männlichen Personen besucht werden, wurde in einem
29 Fall eine FINTA*-Person eingeladen, jedoch überwiegend Cis-männliche
30 Referent*innen. Grund für die höhere Zahl an männlichen Referenten war, dass
31 oftmals Organisationen und nicht einzelne Personen angefragt wurden. Zudem war
32 es generell für einige Themen schwierig Referent*innen zu finden, die
33 Kapazitäten haben, sodass das Kriterium der FINTA*-Förderung teilweise
34 vernachlässigt wurde.

35 Mit unseren Veranstaltungen haben wir im Durchschnitt 13,6 Personen erreicht,
36 davon durchschnittlich 5,8 FINTA*-Personen.

37 Politische Arbeit

38 Im Verband

39 Politische Aktionen nach der Europakampagne wurden durch unser neues Format, das
40 „Aktionstreffen“ geplant. Dabei erarbeiten wir mit Basismitgliedern Ideen und
41 Aktionen, die wir dann planen und durchführen. Darunter die Plakataktion, die
42 ein Redeverbot für die FDP forderte. Weitere sind in Planung.

43 Auf der Straße

44 Wir beteiligten uns an der Organisation von Demonstrationen und übten Druck von
45 der Straße aus. Ob beim Klimastreik, auf dem CSD oder den Demos gegen Rechts –
46 die GJ Bremen war dabei. Im Bündnis #WirFahrenZusammen kämpften wir Seite an
47 Seite mit Beschäftigten der BSAG und Klimaaktivist*innen für bessere
48 Arbeitsbedingungen und klimagerechten Verkehr. Wir setzten uns erfolgreich für
49 die Beschäftigten von DELBUS ein, um sie in den niedersächsischen Tarifvertrag
50 einzugliedern.

51 Verbandsstrukturen

52 Einbindung in Teams

53 In diesem Amtsjahr konnten die Mitglieder sich in vier verschiedenen Teams
54 einbringen. Hier konnten Bildungsveranstaltungen, Social Media Beiträge,
55 feministische Themen diskutiert oder Veranstaltungen für die Kampagne geplant
56 werden. Auch durch die Kampagnenzeit konnten Mitglieder mit Menschen auf der
57 Straße angesprochen werden. Des Weiteren sorgen die Aktionstreffen für
58 Beteiligung an Aktionen im Verband.

59 Diversität im Verband

60 In unserem Feminismusteam erarbeiteten wir Vernetzungsveranstaltungen für
61 Frauen, Inter und Trans Personen, die

62 Zudem wurde ein Förderwochenende für Menschen mit Migrationsgeschichte zusammen
63 mit Hamburg und Niedersachsen veranstaltet. Ein weiteres Wochenende war mit
64 Hamburg und Schleswig-Holstein geplant, konnte jedoch wegen vorzeitigen
65 Austritts von Landesvorständ*innen der anderen Bundesländer nicht ausgeführt
66 werden.

67 Feminismusteam und FINTA*-Förderung

68 Das Feminismus Team hat sich im vergangenen Jahr sechs Mal getroffen. Bei diesen
69 Treffen wurden verschiedene inhaltliche Veranstaltungen, sowie Bonding Maßnahmen
70 geplant. Auch das Lesen und Diskutieren eines feministischen Text hat in dem

71 Kontext stattgefunden. Es gab insgesamt drei FINTA* Frühstücke, die vor unseren
72 Thementagen und der LMV stattgefunden haben. Neben den FINTA* Frühstück wurden
73 zwei konkrete Veranstaltungen speziell für FINTA* Personen durchgeführt. Das
74 eine war der Stadion Besuch der Werder Frauen am 12. Oktober. Die andere
75 Veranstaltung war ein Fördertag ausschließlich für FINTA* Personen, wo es einen
76 inhaltlichen Workshop sowie einen Ausstellungsbesuch gab. Eine weitere
77 Veranstaltung, die im Feminismus Team geplant wurde, ist ein Poetry Slam in
78 Kooperation mit dem WEISSEN RING, Jusos und Solid. Dieser wird am 25.11
79 durchgeführt werden.

80 Auch bei unseren Bildungsveranstaltungen wurde das Thema (Queer-) Feminismus
81 berücksichtigt, sodass es 2024 insgesamt drei Workshops zu unterschiedlichen
82 Teilaspekten, wie z.B. Antifeminismus, gab.

83 „How to LaVo“

84 Durch offene und frühzeitig geplante Veranstaltungen klärte der Landesvorstand
85 auf, was die verschiedenen Ämter an Aufgaben mit sich bringen. Dadurch
86 ermöglichen wir allen Basismitgliedern sich über den Vorstand zu informieren und
87 macht unsere Verbandsstrukturen transparenter.

88 Kreisverband Bremerhaven

89 Auch dieses Jahr versuchten wir, in Bremerhaven einen Kreisverband aufzubauen.
90 Durch fehlende Aufmerksamkeit und die Kapazitäten im Landesvorstand stoßen die
91 Veranstaltungen auf wenig Interesse in Bremerhaven. Uns ist weiterhin nicht
92 gelungen, in Bremerhaven einen Verband aufzubauen.

93 **Öffentlichkeitsarbeit**

94 Das Social Media Team

95 Das Einsetzen eines Social-Media-Teams hat wie geplant stattgefunden. Auf der
96 Landesmitgliederversammlung im Frühjahr 2024 wählten wir das Team, was bis heute
97 über 130 Beiträge auf verschiedenen Social-Media-Plattformen hochgeladen hat.

98 Konzept für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit & Schulungen

99 Wir konnten das Ziel, eine Strategie für Öffentlichkeitsarbeit zu erarbeiten,
100 leider nicht erreichen.

101 Schulungen wurden im Rahmen der „Kein Bock auf Krise“-Europakampagne
102 wahrgenommen und konnten unsere Sprecher*innen bei der Öffentlichkeitsarbeit
103 stärken. Des Weiteren wurden Hintergrundgespräche mit Journalist*innen geführt,
104 leider ohne erfolgreiche Präsenz in der Presse.

105 **Finanzen**

106 Die Spendenstrategie konnte in diesem Jahr leider nicht erfolgreich umgesetzt
107 werden. Auf Landesmitgliederversammlungen der Grünen und in Gesprächen mit

108 Mitgliedern der Grünen Partei wurde versucht, Spenden zu sammeln. Dies gelang
109 erfolgreich nur in Zeiten der Kampagne. Wir haben gelernt, dass Spenden am
110 besten in Zusammenhang mit konkreten Ausgaben verbunden werden, um vor allem
111 Grünen-Mitglieder zum Spenden zu motivieren.

112 **Parteiarbeit**

113 Zu und innerhalb der Partei haben wir uns in den richtigen Momenten geäußert.
114 Den Rechtsruck der Grünen auf Bundes- und Europaebene kritisierten wir scharf
115 und versuchten ihn aufzuhalten. In Bremen arbeiteten wir konstruktiv zusammen,
116 wobei auch hier die Regierungsarbeit (in Teilen durch die angespannte
117 Finanzlage) nicht unseren Vorstellungen entspricht.

118 Unser Einsatz gegen restriktive Migrationspolitik war laut und wurde teilweise
119 zur Beschlusslage der Grünen. Die Bremer Grünen stehen jetzt gegen eine weitere
120 Verschärfung des Asylsystems.

A2 Keine Toleranz von Terror und Menschenrechtsverletzungen – Solidarität mit allen Betroffenen der Gewalt im Nahen Osten

Gremium: Landesvorstand der Grünen Jugend Bremen

Beschlussdatum: 30.10.2024

Tagesordnungspunkt: 1. Anträge

Antragstext

1 Keine Toleranz von Terror und Menschenrechtsverletzungen – 2 Solidarität mit allen Betroffenen der Gewalt im Nahen Osten

3 Am 7. Oktober 2023 verübte die Terrororganisation Hamas ein brutales Massaker an
4 der israelischen Zivilbevölkerung. Die Hamas beschießt Israel mit Tausenden
5 Raketen und dringt mit bis zu 3.000 bewaffneten Kämpfern in das Land ein. Ziel
6 sind vor allem Menschen aus der Zivilbevölkerung. Mehr als 200 Menschen werden
7 von der Hamas entführt, mehr als 1.200 Menschen getötet. Es handelt sich damit
8 um das schlimmste Pogrom gegen Jüd*innen seit dem Holocaust. Dieser Angriff ist
9 Teil eines seit Jahren anhaltenden Konflikts im Nahen Osten, stellt aber auch
10 eine besondere Zäsur und eine weitere Eskalationsstufe dar. Wir als Grüne Jugend
11 Bremen verurteilen diesen antisemitischen, terroristischen Akt ohne
12 Einschränkungen.

13 Als Reaktion auf den Angriff der Hamas führt die Israel seither Krieg im Gaza-
14 Streifen. Dieser hat bereits 41.000 palästinensische und 1.200 israelische
15 Todesopfer gefordert. 100.000 Israelis mussten evakuiert werden und ein Großteil
16 der palästinischen Bevölkerung musste bereits mehrfach innerhalb des Gaza-
17 Streifens fliehen oder wurde vertrieben. Die humanitäre Lage in Gaza, die schon
18 vor der israelischen Offensive sehr schlecht war, kann heute als humanitäre
19 Katastrophe bezeichnet werden. Wichtige Infrastruktur, wie Krankenhäuser, wurde
20 größtenteils zerstört, es fehlt an Nahrungsmitteln und Trinkwasser und Millionen
21 Menschen befinden sich ohne Schutz auf der Flucht. Mittlerweile ist nicht nur
22 die Bevölkerung in Israel und Gaza von dem Konflikt betroffen. Seit Oktober 2024
23 ist auch die Bevölkerung im Libanon massiven israelischen Angriffen aus der Luft
24 und vom Boden ausgesetzt, nachdem sich der Konflikt zwischen Israel und der vom
25 Iran unterstützten Terrororganisation Hisbollah seit dem 7. Oktober 2023 immer
26 weiter aufgeheizt hat.

27 Als Grüne Jugend Bremen bekennen wir uns klar zum Existenzrecht Israels und
28 erkennen an, dass Israel ein Recht darauf hat sich selbst zu verteidigen und
29 seine Bevölkerung zu schützen. Klar ist für uns aber auch, dass Menschenrechte
30 und das humanitäre Völkerrecht dabei handlungsleitend sein müssen und nicht
31 eingeschränkt werden dürfen. Im Verlauf des letzten Jahres war das nicht immer
32 der Fall. In diesem Frühjahr begann Israel mit einer Großoffensive in der Stadt
33 Rafah, nachdem sehr viele Palästinenser*innen auf israelische Anweisung in
34 diesen Teil des Gaza-Streifens geflohen waren, und obwohl der Internationale
35 Gerichtshof die Offensive untersagt hatte. Es kommt zu Fällen, in denen
36 Hilfslieferungen mit Medikamenten und Nahrungsmitteln durch die israelische
37 Armee blockiert werden, was einige rechtsextreme Vertreter*innen der Regierung
38 als gerechtfertigte Kriegsstrategie bewerten. Immer wieder werden Schulen,
39 Krankenhäuser und Flüchtlingscamps zum Ziel von Raketenangriffen, etwa kürzlich
40 im Fall einer Flüchtlingsunterkunft in Deir al-Balah. Eine Kriegsführung, die

41 die Zivilbevölkerung mit derartigem Leid überzieht, ist nicht zu rechtfertigen.
42 Diese Position deckt sich mit der Einschätzung internationaler Gerichte. Der
43 Internationale Gerichtshof sah etwa in einem Urteil aus dem Januar ein
44 plausibles Risiko für einen Völkermord in Gaza und verpflichtete Israel,
45 vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen, wie etwa die Gewährleistung humanitärer
46 Hilfe und die Verfolgung öffentlicher Aufstachelungen. Dem Internationalen
47 Strafgerichtshof liegen Haftbefehl-Anträge gegen Premierminister Netanyahu und
48 seinen Verteidigungsminister vor, da diese für Kriegsverbrechen und Verbrechen
49 gegen die Menschlichkeit verantwortlich seien. Auch wenn Völkerrechtler*innen
50 für jede einzelne Kriegshandlung über deren Rechtfertigung diskutieren, stellt
51 sich ein Gesamtbild dar, in dem Israel bisher kaum auf Kritik von
52 internationalen Gerichten und der Staatengemeinschaft reagiert hat. Es kommt
53 immer wieder zu Kriegshandlungen, die immense zivile Opfer in Kauf nehmen und
54 einige rechtsextreme Minister*innen fallen mit Äußerungen auf, die
55 palästinensische Bevölkerung entmenslichen und offensichtliche
56 Menschenrechtsverletzungen legitimieren. Das aktuelle Vorgehen der israelischen
57 Regierung stellt vielmehr eine Vergeltung und eine Machtdemonstration als eine
58 Verteidigung dar, es ist an vielen Stellen unverhältnismäßig, invasiv und
59 aggressiv.

60 Hamas und Hisbollah verstoßen regelmäßig gegen das Völkerrecht, wenn sie
61 Zivilist*innen als Schutzschilde missbrauchen und deren Tod einkalkulieren. Das
62 ist unbestritten und klar zu verurteilen. Es bedeutet jedoch nicht, dass Israel
63 ebenfalls Völkerrechtsverstöße begehen darf. Von der demokratisch gewählten
64 israelischen Regierung erwarten wir, dass sie sich im Gegensatz zu
65 Terrororganisationen an internationales Recht hält und eine verantwortungsvolle
66 Rolle bei der Erreichung von Frieden in der Region einnimmt.

67 Hinzu kommt, dass der Krieg in Gaza bisher nicht zur Erreichung seines
68 ursprünglich ausgegebenen Ziels geführt hat. Viele der Geiseln haben ihr Leben
69 verloren oder befinden sich nach wie vor in der Gewalt der Hamas. Wenn Geiseln
70 befreit werden konnten, gelang dies überwiegend durch Deals und nicht durch
71 militärische Manöver. Die Sicherheitslage in der gesamten Region hat sich
72 verschlechtert, was die Sicherheit der israelischen Bevölkerung miteinschließt.
73 Die Chancen auf eine friedliche Lösung für den Konflikt werden auch durch das
74 Handeln der aktuellen israelischen Regierung immer weiter erschwert.

75 Es braucht jetzt einen Waffenstillstand, damit die Menschenrechtsverletzungen in
76 Gaza endlich aufhören, damit für die verbleibenden Geiseln zurückkehren können
77 und damit ein Ausgangspunkt für einen dauerhaften Frieden in der Region, der
78 allen Bevölkerungsgruppen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht, geschaffen
79 werden kann.

80 Klare Worte statt Waffenlieferungen aus Deutschland

81 Wir erwarten von der deutschen Bundesregierung, dass sie all ihre Möglichkeiten
82 ausschöpft, um einen Waffenstillstand herbeizuführen.

83 Dazu gehört es, Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen aller
84 Beteiligten klar zu benennen und zu verurteilen. Vertreter*innen der deutschen
85 Bundesregierung haben sich im vergangenen Jahr entweder gar nicht oder mit zu
86 wenig Nachdruck zu den Menschenrechtsverletzungen durch die israelische Armee
87 geäußert. Es ist nachvollziehbar und richtig, dass in Deutschland eine hohe
88 Solidarität mit und Unterstützung für Israel bestehen. Diese Solidarität mit der

89 israelischen Bevölkerung sollen wir nicht aufgeben, sie ist aber nicht
90 gleichbedeutend damit, die Handlungen einer teils rechtsextremen Regierung zu
91 tolerieren oder zu rechtfertigen. Als demokratischer und menschenrechtsbasierter
92 Staat hat Deutschland die Aufgabe, Menschenrechtsverletzungen nicht nur im
93 Nebensatz zu erwähnen, sondern klar zu benennen und deutlich zu machen, dass
94 diese Konsequenzen haben. Wir erwarten, dass die deutsche Bundesregierung in
95 Zukunft eine klarere Haltung zu völkerrechtswidrigen Handlungen einnimmt, sowohl
96 im öffentlichen Diskurs in Deutschland als auch gegenüber Vertreter*innen der
97 israelischen Regierung.

98 Außerdem ist es für uns essenziell, dass das Leid der Zivilbevölkerung nicht
99 durch deutsche Waffen weiter verschärft werden darf. Wir begrüßen es, dass
100 Deutschland seit März 2024 keine Kriegswaffen mehr an Israel geliefert hat. Wir
101 erwarten von der Bundesregierung und den Grünen Minister*innen den Export von
102 Kriegswaffen an Israel auch weiterhin auszusetzen und sich nicht dem politischen
103 Druck innerhalb Deutschlands und der Ampel-Koalition zu beugen. Solange Israel
104 keine ernsthaften Bemühungen für einen Waffenstillstand unternimmt und mit
105 seiner Kriegsführung gegen humanitäres Völkerrecht verstößt, darf es dabei nicht
106 von deutschen Kriegswaffen unterstützt werden. Dass die deutschen Exporte von
107 Dual-Use-Gütern an Israel zuletzt wieder erhöht wurden, obwohl Israel weiterhin
108 völkerrechtswidrige Handlungen fortsetzt, sehen wir kritisch. Güter, die Israel
109 bei weiteren Menschenrechtsverletzungen unterstützen, dürfen nicht geliefert
110 werden. Wir erwarten mehr Transparenz in Bezug auf Waffenlieferungen aller Art,
111 es muss der deutschen Öffentlichkeit möglich sein, eine fundierte und offene
112 Debatte über das Thema zu führen. Israel wurde am 7. Oktober von der Hamas
113 angegriffen und wird nach wie vor durch unterschiedliche Akteure in der Region
114 massiv bedroht. Der Impuls vieler Menschen in Deutschland, Israel mit Waffen
115 unterstützen zu wollen, ist daher nachvollziehbar. Trotzdem hat sich spätestens
116 im letzten Jahr gezeigt, dass immer mehr Waffen für Israel nicht zu mehr
117 Sicherheit führen, sondern zu einer weiteren Eskalation. Es ist höchste Zeit
118 tatsächliche Lösungsansätze für den Konflikt anstelle von Waffenlieferungen in
119 den Fokus zu stellen.

120 Aktivismus für den Frieden unterstützen

121 Bei aller Kritik an der rechten israelischen Regierung und an der
122 Terrororganisation Hamas ist es wichtig, im Blick zu behalten, dass Bevölkerung
123 und Regierungen auf beiden Seiten zu trennen sind. Die Hamas handelt nicht nach
124 den Bedürfnissen der palästinensischen Bevölkerung und genießt wenig Vertrauen
125 in dieser, auch wenn die Wut auf Israel und die internationale Gemeinschaft groß
126 ist. In Israel gibt es zahlreiche Proteste aus der Zivilgesellschaft für eine
127 Waffenruhe und gegen die rechte Regierung. Unter anderem die Angehörigen der
128 Geiseln sind dabei wichtige Akteur*innen.

129 Es gibt zahlreiche Aktivist*innen und Gruppierungen, israelische sowie
130 palästinensische, die sich seit Jahren und Jahrzehnten für Frieden im Nahen
131 Osten einsetzen. Aktivismus, der aus der Zivilgesellschaft vor Ort kommt,
132 bietet die größte Chance für Frieden in der Region und eine langfristige Lösung
133 des Konflikts. Als Linke Organisation sprechen wir allen Personen, die diese
134 sehr wichtige Arbeit auch unter den aktuellen Bedingungen leisten unsere
135 Solidarität aus und unterstützen Aktivismus für Frieden im Nahen Osten nach
136 unseren Möglichkeiten.

137 Antisemitismus und anti-muslimischen Rassismus in Deutschland bekämpfen

138 Der Nahost-Konflikt hat Folgen auch über die Region hinaus. Auch die
139 gesellschaftliche Stimmung in Deutschland wurde im letzten Jahr durch die
140 Ereignisse beeinflusst. Auf der einen Seite hat die Anzahl antisemitischer
141 Straftaten deutlich zugenommen. Es wurden in diesem Jahr bereits über 3200
142 antisemitisch motivierte Straftaten registriert, was eine Verdopplung im
143 Vergleich zum Vorjahr darstellt. Viele jüdische Organisationen berichten, dass
144 sich Jüd*innen in der Öffentlichkeit, etwa an Universitäten oder beim Besuch von
145 Synagogen, nicht mehr sicher fühlen würden. Unter anderem kommt es auch im
146 Rahmen Pro-Palästinensischer Demonstrationen zu Vorfällen, bei denen
147 antisemitische Parolen verwendet werden oder die Verbrechen der Hamas gefeiert
148 werden. Es ist wichtig zu betonen, dass Antisemitismus nicht nur in Pro-
149 Palästinensischen Gruppen vorzufinden und angestiegen ist, sondern dass dieser
150 Trend gesamtgesellschaftlich erkennbar ist und Antisemitismus aus
151 unterschiedlichen politischen Richtungen kommt.

152 Auf der anderen Seite hat sich seit dem 7. Oktober die negative Stimmung gegen
153 migrantisierte Menschen aus arabischen Ländern in Deutschland verstärkt. Der
154 Nahost-Konflikt und Pro-Palästinensische Demonstrationen in Deutschland werden
155 von einigen Politiker*innen zum Anlass genommen, mehr Abschiebungen und
156 Restriktionen in der Asylpolitik zu fordern. Im Rahmen von Pro-Palästinensische
157 Demonstrationen kommt es immer wieder zu Fällen von teils sehr brutaler
158 Polizeigewalt. Derartige Vorfälle werden in der breiten Gesellschaft kaum
159 wahrgenommen oder gar kritisiert. Stattdessen werden Israel-kritische Positionen
160 oft pauschal als antisemitisch eingeordnet und Aktivismus, der sich für die
161 Rechte der palästinensischen Bevölkerung einsetzt, von vornherein delegitimiert.

162 Als Grüne Jugend Bremen stellen wir uns klar gegen Antisemitismus und gegen
163 (anti-muslimischen) Rassismus. Unser Anspruch in Deutschland muss es, gerade vor
164 dem Hintergrund unserer Geschichte, sein, dass sich alle Jüdinnen*Juden in
165 Deutschland sicher fühlen können. Unser Anspruch muss es aber auch sein, dass
166 alle Menschen in Deutschland Gebrauch von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung
167 und Versammlungsfreiheit machen können, ohne pauschale Verurteilungen und
168 Repressionen fürchten zu müssen. Es ist nicht akzeptabel, wenn Antisemitismus
169 mit Rassismus bekämpft wird. Stattdessen müssen wir in Deutschland wieder zu
170 einem offenen und ausgewogenen Diskurs kommen, in dem klar zwischen der
171 israelischen Regierung und der jüdischen Bevölkerung unterschieden wird, sowie
172 auch zwischen der Hamas und der palästinensischen Bevölkerung.

Begründung

Quellen:

Aktuelle Lage in Gaza:

- <https://www.instagram.com/p/DBdLgVytOjk/?igsh=aXk3bWZndnPMCW51>
- <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/gaza-israel-krieg-lage-zivilbevoelkerung-menschengemachte-humanitaere-katastrophe>
- https://www.instagram.com/p/DBObK0GNM4U/?img_index=1

Völkerrechtliche Einordnung:

- <https://www.tagesschau.de/ausland/igh-israel-rafah-100.html>
- <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/internationaler-straengerichtshof-haftbefehl-israel-amas-100.html>
- <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/amas-gazastreifen-krieg-voelkerrecht-offensive-israel-100.html>

Waffenlieferungen Deutschland:

- <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/waffen-israel-deutschland-100.html>
- <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/ruestungsexporte-ausgeweitet-deutschland-israel-100.html>

Antisemitismus und Rassismus und Polizeigewalt in Deutschland:

- <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/antisemitismus-straftaten-klein-israel-krieg-amas-100.html>
- <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/antisemitismusbeauftragter-felix-klein-prangert-tsunami-an-antisemitismus-seit-7-oktober-an-a-0431c321-2532-4a72-a92f-5333757347aa>
- <https://taz.de/Polizeigewalt-auf-Palaestina-Demos/l6029454/>
- <https://www.zeit.de/zett/politik/2023-12/antimuslimischer-rassismus-nahostkonflikt-anstieg-deutschland>

Antrag in einfacher Sprache:

Keine Toleranz für Gewalt und Menschenrechtsverletzungen – Solidarität mit Betroffenen im Nahen Osten

Hintergrund: Am 7. Oktober 2023 griff die Terrororganisation Hamas die israelische Zivilbevölkerung mit Raketen und Kämpfern an. Dabei wurden über 1.200 Menschen getötet und mehr als 200 entführt. Diese Eskalation ist Teil des seit Jahren andauernden Konflikts im Nahen Osten, doch dieser Angriff stellt eine besonders schwere Verschärfung dar. Die Grüne Jugend Bremen verurteilt diesen terroristischen und antisemitischen Angriff.

Militärische Eskalation und humanitäre Lage: Israel reagiert mit einer Militäroffensive im Gazastreifen. Der Konflikt fordert bisher Tausende Opfer auf beiden Seiten und hat auch die Bevölkerung im Libanon in Mitleidenschaft gezogen. Viele Palästinenser*innen im Gazastreifen mussten mehrfach fliehen, und die humanitäre Lage ist katastrophal. Zerstörte Krankenhäuser, fehlende Nahrung und Wasser machen das Überleben für Millionen Menschen schwer.

Forderung nach Menschlichkeit und Völkerrecht: Die Grüne Jugend Bremen unterstützt das Existenzrecht Israels und sein Recht auf Selbstverteidigung, doch wir fordern, dass diese Verteidigung im Rahmen des humanitären Völkerrechts bleibt. Das gezielte Angreifen von Zivilist*innen und Blockieren humanitärer Hilfen verurteilen wir, denn das Leid der Zivilbevölkerung kann nicht gerechtfertigt werden.

Für einen Waffenstillstand: Ein Waffenstillstand muss erreicht werden, um die Gewalt zu beenden und humanitäre Hilfe zu ermöglichen. Nur so können die noch gefangenen Geiseln befreit und eine Grundlage für einen langfristigen Frieden geschaffen werden.

Friedensaktivismus unterstützen: Die Grüne Jugend Bremen unterstützt die Menschen in Israel und Palästina, die sich gegen Gewalt und für eine friedliche Lösung des Konflikts einsetzen. Wir sprechen allen Aktivist*innen vor Ort unsere Solidarität aus.

Haltung in Deutschland: Die Grüne Jugend Bremen lehnt sowohl Antisemitismus als auch antimuslimischen Rassismus entschieden ab. Wir fordern einen respektvollen Umgang und den Schutz der freien Meinungsäußerung, ohne pauschale Verurteilungen. Ein ausgewogener und offener Diskurs (auch hier in Deutschland) ist notwendig, um die Rechte und Sicherheit von allen zu gewährleisten.

Unsere Forderungen an die deutsche Bundesregierung:

- Klare Worte gegen Kriegsverbrechen: Die Bundesregierung soll Menschenrechtsverletzungen auf beiden Seiten des Konflikts benennen und verurteilen.
- Keine Waffenlieferungen an Konfliktparteien: Deutsche Waffen dürfen nicht zu weiterer Eskalation beitragen. Deutschland soll den Export von Kriegswaffen an Israel aussetzen, solange es keine ernsthaften Friedensbemühungen gibt.

Die Grüne Jugend Bremen setzt sich für einen gerechten Frieden und die Einhaltung der Menschenrechte im Nahen Osten ein.

A3 Sofortige Beendigung der Waffenlieferungen Deutschlands an die Türkei und Solidarität mit Rojava

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 30.10.2024

Tagesordnungspunkt: 1. Anträge

Antragstext

1 Die Grüne Jugend Bremen fordert die sofortige Beendigung jeglicher
2 Waffenlieferungen Deutschlands an die Türkei. Wir erklären unsere Solidarität
3 mit den Menschen in Rojava und verurteilen die andauernden militärischen
4 Angriffe des türkischen Regimes auf kurdische Gebiete aufs Schärfste. Diese
5 Angriffe richten sich nicht nur gegen militärische Ziele, sondern treffen in
6 hohem Maße auch die Zivilbevölkerung und zwingen zahlreiche Menschen zur Flucht.

7 Seit Jahren wird die Türkei von einem zunehmend autoritären Regime geführt, das
8 systematisch Menschenrechte verletzt und demokratische Grundprinzipien
9 missachtet. Durch die fortlaufenden militärischen Operationen in kurdischen
10 Gebieten, sowohl innerhalb als auch außerhalb der türkischen Landesgrenzen,
11 verursacht dieses Regime unfassbares Leid und destabilisiert die gesamte Region
12 massiv. Die jüngsten Angriffe der Türkei auf zivile Infrastruktur sind
13 erschütternd und zeugen von einer bewussten Eskalation der Gewalt. Diese
14 gezielten Angriffe haben das Leben von 17 unschuldigen Zivilist*innen gefordert
15 und setzen Millionen weitere Menschen einer akuten humanitären Katastrophe aus.
16 Bis zu 5 Millionen Menschen drohen schwere Folgen, darunter gravierende
17 Versorgungsengpässe, gesundheitliche Risiken und der Verlust ihrer
18 Existenzgrundlage. Solche Angriffe verstoßen klar gegen internationales Recht
19 und grundlegende humanitäre Prinzipien und sind auf das Schärfste zu
20 verurteilen.

21 Besonders besorgniserregend ist, dass deutsche Waffenlieferungen zur
22 Bombardierung und Vertreibung von Zivilisten beitragen. Dies führt zu der
23 bedrückenden Konsequenz, dass Menschen gezwungen sind, Schutz in Europa zu
24 suchen – darunter auch in Deutschland.

25 Gleichzeitig sehen wir es als beschämend an, dass Europa und Deutschland
26 weiterhin Abkommen mit dem türkischen Präsidenten Erdoğan schließen, die darauf
27 abzielen, die flüchtenden Menschen zurückzuhalten, statt sie zu schützen. Dieser
28 doppelte moralische Widerspruch – Waffenlieferungen in Krisengebiete und
29 Abkommen zur Verhinderung von Flucht – widerspricht zutiefst den Grundsätzen
30 einer friedlichen, menschenrechtsorientierten Außenpolitik, die Deutschland
31 anstreben sollte.

32 Waffenexporte in die Türkei tragen maßgeblich zur Eskalation von Konflikten bei,
33 fördern humanitäre Krisen und destabilisieren die Region. Sie sind nicht nur
34 moralisch untragbar, sondern auch politisch und humanitär kontraproduktiv. Die
35 Unterstützung eines diktatorischen Regimes durch Waffenexporte widerspricht den
36 Prinzipien von Frieden und Menschenrechten und muss daher umgehend gestoppt
37 werden.

Begründung

Quellen:

Waffen Lieferungen an die Türkei

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-10/waffen-exporte-tuerkei-bundesregierung-genehmigung-ruestungsindustrie>

<https://www.spiegel.de/politik/ampel-regierung-genehmigt-wieder-waffen-exporte-in-die-tuerkei-a-dc5d8cb6-f602-4fdd-9e1e-a9251db30f9f>

Eurofighter und Flüchtlinge - Scholz will in Istanbul Erdogan treffen:

<https://www.fr.de/politik/eurofighter-und-fluechtlinge-scholz-will-in-istanbul-erdogan-treffen-zr-93351132.html>

Abschiebungen in die Türkei und Waffen Deals:

<https://www.fr.de/politik/eurofighter-und-fluechtlinge-scholz-will-in-istanbul-erdogan-treffen-zr-93351132.html>

Fünf Millionen Menschen droht eine humanitäre Katastrophe.

<https://anfdeutsch.com/rojava-syrien/-44061>

A4 Arbeitsprogramm der Grünen Jugend Bremen 2025

Gremium: Landesvorstand der Grünen Jugend Bremen
Beschlussdatum: 30.10.2024
Tagesordnungspunkt: 1. Anträge

Antragstext

1 Einleitung

2 Die Grüne Jugend Bremen (GJ HB) strebt im Jahr 2025 an, ihre Rolle als
3 politische Akteurin weiter zu stärken und gleichzeitig ein inklusives und
4 solidarisches Umfeld für alle Mitglieder zu schaffen. Dieses Arbeitsprogramm
5 dient als Leitfaden für unsere Aktivitäten, Kampagnen und innerverbandliche
6 Entwicklung.

7 Unser Land Bremen in Zukunft – eine Kampagne

8 Wir lieben Bremen. Als politische Akteurin bemerken wir eine große Frustration
9 über die Armut und die strukturellen Ungerechtigkeiten in unserem Bundesland.
10 Dabei fehlt es vor allem der Jugend an Perspektiven. Wir als Grüne Jugend Bremen
11 möchten mit einer Kampagne in der ersten Hälfte von 2025 auf genau diese
12 fehlenden Perspektiven und systemischen Probleme aufmerksam machen.

13 Zu Jugend gehört in Bremen unübersehbar eine miserable Lage in den Schulen,
14 marode Jugendzentren, sollte es überhaupt noch eins in der Nähe geben und wenig
15 Freizeitmöglichkeiten ohne, dass man Geld ausgeben muss (Konsumpflicht). Unsere
16 Städte sind abgehängt - über das Bremer Abitur wird sich lustig gemacht, die
17 Schule hat wegen Wasserschäden wochenlang zu. Viel zu oft entscheiden die
18 Herkunft und Klasse über Chancen – und das schon in der Jugend. Das wollen wir
19 nicht weiter hinnehmen und skandalisieren die desolaten Zustände.

20 Unsere Basis lernt in gezielten Bildungsangeboten während der Kampagne die
21 Probleme kennen, um strukturelle und systemische Fragen zu stellen. Darüber
22 hinaus wenden wir das Gelernte in politischen Aktionen an, um mehr zu werden,
23 Aufmerksamkeit zu generieren und uns als Akteurin zu etablieren. In Eins-zu-
24 Eins-Gesprächen mit jungen Menschen erfahren wir von konkreten Realitäten und
25 stellen uns vor.

26 Unsere Strategie auf einen Blick

- 27 • Durchführung von Eins-zu-Eins-Gesprächen zu den Kernthemen der Kampagne,
28 um die Bedürfnisse vor Ort aufzunehmen und sichtbar zu sein.
- 29 • Nutzung konkreter Geschichten und Schicksale, um systemische Probleme
30 (abstrakte Zahlen und Fakten) greifbar zu machen.
- 31 • Organisation von Workshops und öffentlichen Veranstaltungen in
32 verschiedenen Stadtteilen Bremens, um eine breite Beteiligung zu
33 gewährleisten.

34 Ein Verband der vielen – ein Verband für alle

35 Entwicklung der Verbandsstrukturen der Grünen Jugend Bremen

36 Das Politische

37 Die GJHB strebt an, sich als junge, diverse, feministische, soziale und
38 sozialistische Kraft in Bremen zu etablieren. Wir wollen ein sozialer Ort sein,
39 der Selbstwirksamkeit und spontane, politisch aktuelle Aktionen fördert, ohne
40 die langfristigen Ziele und Systemfragen aus den Augen zu verlieren.

41 Gleichzeitig soll die GJHB politisch einflussreich und strategisch agieren, gut
42 vernetzt sein und als starke Bündnispartnerin auftreten. Für unsere
43 Bündnispartner*innen stellen wir personelle und finanzielle Mittel zur
44 Verfügung, um wichtige Anliegen zu unterstützen und uns zu vernetzen. Dabei ist
45 das Engagement unserer Basis von großer Bedeutung. Sie soll mit verfügbaren
46 Mitteln dazu ermutigt werden, politisch aktiv zu werden.

47 Unsere politische Wirksamkeit soll durch starke Kampagnen gesteigert werden. Sie
48 sind der Ort, an dem wir mit Menschen in Kontakt kommen, gezielt
49 Öffentlichkeitsarbeit leisten und Druck auf die Entscheidungsträger*innen
50 ausüben. Daneben sind Aktionstreffen als Format weiterzuentwickeln, um
51 kurzfristige Aktionen zu ermöglichen und Ideen aus der Basis einzubinden.

52 Das Soziale

53 Unsere Mitglieder sind breit gestreut in Alter, Gender und Erfahrung. Wir
54 erkennen die diversen Lebensrealitäten an und fördern sie, um verschiedene
55 Blickwinkel auf Krisen zu bekommen. Um dies sicherzustellen, erkennen wir, dass
56 verschiedene Gruppen auch unterschiedliche Förderung und Angebote brauchen und
57 bei uns bekommen sollen. Ein wichtiger Aspekt unserer Verbandskultur ist der
58 gegenseitige Respekt und das aufeinander Achten.

59 FINTA*-Förderung

60 Um Frauen*, Inter, Trans und Agender Personen zu fördern, stellen wir
61 Finanzmittel für das Empowerment von FINTA*-Personen zur Verfügung. Der*Die
62 Genderbeauftragte*r im Landesvorstand steht gemeinsam mit einem weiteren
63 Mitglied des Landesvorstands als Awareness-Personen bei und unterstützt
64 Betroffene. Das bestehende Feminismus-Team arbeitet an politischen Aktionen zu
65 ihrem Thema und stellt einen wichtigen Pfeiler der FINTA*-Förderung in der
66 Grünen Jugend dar.

67 Förderung von migrantisierten Menschen

68 Menschen, die sich als migrantisiert identifizieren, sollen in unserem Verband
69 gefördert, ermutigt und vernetzt werden. Dazu sind Bildungs- und
70 Vernetzungsveranstaltungen und eine antirassistische Verbandskultur nötig. Die
71 nötige Sensibilität im Umgang mit Menschen mit Diskriminierungserfahrungen ist
72 von allen Mitgliedern dringend gefordert. Wir unterstützen migrantisierte
73 Menschen sich zu vernetzen und streben perspektivisch ein Team an, was sich mit
74 Internationalismus und Antirassismus beschäftigt.

75 Inklusion

76 Sprache kann gerade für viele eine Hürde sein sich nicht zu beteiligen. Um allen
77 ein Mitmachen zu ermöglichen, passen wir unsere Sprache an. Dazu gehören weniger
78 Abkürzungen, einfachere Sätze und weniger Fremdwörter.

79 Gleichzeitig muss in unseren Veranstaltungen der Raum gegeben sein
80 Verständnisfragen zu stellen. Dazu können Hinweise und Ermutigungen eine
81 Nachfrage zu stellen hilfreich sein. Dies werden wir auch mit Referent*innen,
82 die wir einladen, mehr kommunizieren.

83 Physische Barrieren minimieren

84 Neben der Sprache sind auch physische Barrieren, wie Treppen oder eine schlechte
85 Anbindung an den ÖPNV ein Problem. Gerade unsere wöchentlichen Treffen in der
86 Landesgeschäftsstelle sind aufgrund von Platzmangel aktuell mit vielen Barrieren
87 behaftet. Der Landesvorstand wird sich daher über neue Räume austauschen. Räume
88 für Workshopwochenenden und Landesmitgliederversammlungen sollten
89 Rollstuhlgerecht sein.

90 Bündnisse

91 Unsere politische Wirkmacht definieren wir durch verlässliche Bündnisarbeit. Wir
92 suchen Mitstreiter*innen im Kampf für eine klimagerechte, soziale Reform oder
93 Revolution und unterstützen sie personell und finanziell. Mitstreiter*innen
94 können bestehende Organisationen und Bündnisse ebenso wie Neugründungen sein.
95 Als Parteijugendorganisation Vertrauen zu erlangen ist nicht immer einfach. Für
96 unser langfristiges Ziel, Menschen für eine linke Politik von Unten zu
97 begeistern, ist sie aber unerlässlich. Für die Bündnisarbeit stellen wir deshalb
98 auch 2025 wieder separate Finanzmittel zur Verfügung.

99 Mehr werden

100 Die Grüne Jugend bekommt politischen Einfluss durch den Einsatz ihrer
101 Mitglieder. Logisches Ziel ist also, dass wir mehr werden. Dabei ist es wichtig,
102 dass wir diverser werden und gezielt marginalisierte Gruppen (migrantisierte
103 Menschen, FINTA*-Personen, Menschen mit Behinderung) empoweren wollen.

104 Regionaler und überregionaler Austausch

105 Der Austritt vieler Verantwortungsträger trifft in den Ländern Schleswig-
106 Holstein, Hamburg und Niedersachsen, drei Verbände, mit denen wir in den letzten
107 Jahren immer wieder eng zusammengearbeitet haben. Formate wie das
108 Förderwochenende für migrantisierte Personen haben den Austausch und
109 Zusammenhalt verstärkt.

110 Dieser Austausch ist gerade jetzt wichtig, wo in unseren Nachbarverbänden neue
111 Verantwortungsträger:innen wieder für Stabilität sorgen müssen. Wir wollen den
112 neuen Landesvorständen unsere Unterstützung anbieten, soweit sich unsere
113 politischen Analysen decken. Wir haben ein großes Interesse weiterhin

114 Austauschformate und Förderwochenenden gemeinsam zu Veranstalten um mehr
115 Qualität und Zusammenhalt zu schaffen.

116 Neben dem Austausch mit den Landesverbänden wollen wir auch die Nachbar-
117 Kreisverbände kontaktieren, um mögliche lokale Treffen und Formate zu
118 entwickeln. Gerade die ländlichen Kreisverbände könnten gute Partner:innen sein
119 um neue Perspektiven auf unterschiedlichste Themen zu erhalten.

120 Kampagne zur Bundestagswahl 2025

121 Die Bundestagswahl 2025 ist eine Gelegenheit, um Menschen für unseren
122 Forderungen zu begeistern, um sie für die GJ zu begeistern. Das auf dem
123 Länderrat gewählte Kampagnenteam wird eine Kampagne konzeptionieren, die wir für
124 Bremen adaptieren wollen. Dabei bewertet der Landesvorstand die Kampagne für
125 unseren Landesverband und setzt ihn um. Gegebenenfalls wird im Frühjahr ein
126 Kampagnenteam gewählt, das die Umsetzung organisiert.

Begründung

Erklärung zur Bremen-von-Morgen-Kampagne

Die Europawahl hat uns fast ein halbes Jahr lang beschäftigt. Angefangen mit Bildungsveranstaltungen, die uns einen kritischen Blick auf die Arbeitsweise und Strukturen der EU ermöglicht haben. In der Folge haben wir die Kampagne des Bundesvorstands in Bremen und Bremerhaven umgesetzt.

In der Auswertung haben wir festgestellt, dass eine Kampagne, die nur 1:1-Gespräche in den Vordergrund stellt und keine Form der Wahlempfehlung gibt, für unseren Landesverband nicht funktioniert. Zwar sind 1:1-Gespräche ein gutes Mittel, um neue Leute anzusprechen und sie zu politisieren, jedoch sollten die nächsten Kampagnenkonzepte vielseitiger sein um so allen Mitgliedern im Verband, eine für sie passende Beteiligung zu ermöglichen.

Diese Kritik wollen wir in der „Bremen von Morgen“ Kampagne aufnehmen und diese somit vielfältiger gestalten. Das bedeutet konkret, dass 1:1-Gespräche zwar nicht gänzlich aus unseren Kampagnenformaten gestrichen werden, diese aber ergänzt werden durch mehr Gruppenaktionen, wie z.B. Straßenfeste. Eine zentrale Rolle spielen dabei die Aktionstreffen, von denen wir uns neue Formatideen von der Basis erhoffen.

Erklärung zur Entwicklung des Verbands

Inklusion

Bisher haben wir das Thema Inklusion in unserem Verband vernachlässigt. Das steht nicht nur unseren Forderungen nach einer Infrastruktur und Gesellschaft entgegen, die barrierearm und inklusiv ist sondern sorgt auch dafür, dass Behinderte sich nicht in unserem Verband wiederfinden.

A5 Leitantrag – Schöne neue Welt, schönes neues Bremen

Gremium: Landesvorstand der Grünen Jugend Bremen
Beschlussdatum: 31.10.2024
Tagesordnungspunkt: 1. Anträge

Antragstext

1 Einleitung

2 Ob Armut, kaputte Schulen oder fehlende Klimaschutzmaßnahmen, die Liste der
3 Probleme in Bremen ist lang. Doch was wäre eigentlich, wenn wir die Möglichkeit
4 hätten es anders zu machen? Wie sähe ein Bremen aus, in dem sich jeder Mensch
5 sicher fühlt, ein kostenloser Öffentlicher Nahverkehr die ganze Nacht kreuz und
6 quer durch die Stadt fährt und die Chancen von Kindern nicht vom Stadtteil
7 abhängen?

8 Im Jahr 2025 wollen wir uns ganz konkret fragen „Wie sieht unser Bremen von
9 Morgen aus?“ Welche Projekte und politischen Veränderungen wären nötig, um ein
10 Sozial gerechtes und klimaneutrales Bremen nach unseren Vorstellungen zu
11 gestalten?

12 In unser Kampagne „Bremen von Morgen“ wollen wir verschiedene Stadtteile besser
13 kennenlernen. Wir wollen mit Menschen ins Gespräch kommen und gemeinsam Lösungen
14 entwickeln für die Probleme, die uns in Bremen begegnen. Aus diesen Analysen und
15 Herausforderungen resultieren konkrete politische Forderungen, mit denen wir uns
16 an die Verantwortlichen wenden und für deren Umsetzung kämpfen wollen.

17 Themenschwerpunkte

18 Die Liste der Probleme ist lang. In Bremen sind 24,9% der Bevölkerung
19 armutsgefährdet und die Chancen für Kinder hängen im Wesentlichen davon ab, in
20 welchem Stadtteil sie leben. Gebiete wie Bremen Nord sind durch ein schlechtes
21 Verkehrsnetz vom Rest der Stadt abgegrenzt und effektive Klimaschutzmaßnahmen
22 laufen nur schleppend voran. Wichtige Maßnahmen zur inneren Sicherheit, die
23 notwendig sind, damit sich alle Menschen sicher fühlen können, werden durch
24 populistische und diskriminierende Debatten, insbesondere über Migration,
25 überschattet. Statt sich mit den tatsächlichen Ursachen von Unsicherheit
26 auseinanderzusetzen, wird der Fokus auf ideologisch aufgeladene Themen gelenkt,
27 wodurch es an wirksamen Lösungen fehlt.

28 In unserer Kampagne werden wir folgende Themen in den Fokus nehmen:

29 Bildung und Jugend

30 Die Jugendarbeit und Jugendvereine spielen eine entscheidende Rolle in der
31 schulischen Bildung, da sie wichtige Ergänzungen bieten. Diese Einrichtungen
32 fördern soziale Interaktion und bieten Raum für Freizeitaktivitäten,
33 insbesondere für Jugendliche, die wenig Unterstützung erhalten. Wir fordern die
34 Schaffung attraktiver und gut ausgestatteter Räume, in denen junge Menschen sich
35 treffen, lernen, spielen und ihre Freizeit ohne finanzielle Belastung gestalten

36 können. Solche Angebote sind in vielen Stadtteilen dringend notwendig, um
37 sicherzustellen, dass alle Jugendlichen Zugang zu wertvollen Erfahrungen und
38 sozialen Netzwerken haben.

39 Darüber hinaus ist eine grundlegende Reform des Bildungssystems unerlässlich, um
40 den Bedürfnissen der heutigen Jugend gerecht zu werden. Schulen müssen nicht nur
41 modernisiert, sondern auch inklusiv gestaltet werden. Der Fokus sollte auf
42 Empathie und Solidarität liegen, um einen positiven Lernraum zu schaffen, der
43 übermäßigen Leistungsdruck vermeidet. Es ist entscheidend, dass alle
44 Jugendlichen die gleichen Chancen haben, unabhängig von ihrem sozialen
45 Hintergrund oder Wohnort.

46 Die Lehrpläne müssen ebenfalls angepasst werden. Lebensnahe Fächer wie
47 Klimawandel, Steuerrecht und Medienkompetenz sollten integraler Bestandteil des
48 Unterrichts sein, damit junge Menschen in der Lage sind, kritische Informationen
49 zu bewerten und mit Technologien wie Künstlicher Intelligenz (KI) umzugehen.

50 Darüber hinaus endet Bildung nicht an den Schultüren. Vielfältige Angebote
51 außerhalb der Schule sind notwendig, um Jugendlichen zu zeigen, dass Lernen Spaß
52 macht und ihre persönliche Entwicklung fördert. Diese Aktivitäten – von
53 Workshops über Sportvereine bis hin zu kreativen Freizeitangeboten – tragen dazu
54 bei, dass Jugendliche ihre Talente entdecken und weiterentwickeln können.

55 Ein oft übersehenes, aber zentrales Thema ist die mentale Gesundheit der
56 Jugendlichen. Der zunehmende Leistungsdruck in unserer Gesellschaft wirkt sich
57 negativ auf das Wohlbefinden vieler junger Menschen aus. Es ist höchste Zeit,
58 die Leistungsgesellschaft kritisch zu hinterfragen. Bildung sollte nicht nur
59 darauf abzielen, Fachkräfte auszubilden, sondern auch das Wohl und die mentale
60 Gesundheit der Jugendlichen in den Mittelpunkt stellen.

61 Kinderarmut

62 In Bremen leben erschreckende 40 % der unter 18-Jährigen in armutsgefährdeten
63 Haushalten, was bundesweit der höchste Anteil ist. In den Stadtteilen, die
64 besonders von Armut betroffen sind, haben viele Kinder keinen Zugang zu
65 grundlegenden Freizeitaktivitäten wie Schwimmbädern, Kinos oder Konzerten. Diese
66 Kinder sind oft arm, weil ihre Eltern es sind – und diese Erbfolge der Armut
67 muss durch gezielte Maßnahmen durchbrochen werden.

68 Es ist von entscheidender Bedeutung, Chancengerechtigkeit zu schaffen, indem wir
69 Schulen sanieren und genügend qualifizierte Lehrkräfte einstellen. Bildung ist
70 ein Schlüssel, um aus der Armut auszubrechen, aber es reicht nicht aus, nur die
71 Schulgebäude in Schuss zu halten. Die Unterstützung für Familien muss ebenfalls
72 intensiviert werden. Eltern müssen ein angemessenes Gehalt und faire
73 Arbeitsbedingungen erhalten, um für ihre Kinder sorgen zu können. Außerdem
74 sollten wir Maßnahmen ergreifen, die darauf abzielen, den Druck auf Familien
75 durch hohe Mieten zu verringern. Nur so können wir sicherstellen, dass alle
76 Kinder die gleichen Chancen auf ein gutes Leben haben, unabhängig von ihrer
77 Herkunft.

78 Integration

79 Die aktuelle Migrationspolitik der Regierung setzt auf Abschottung, anstatt auf
80 echte Integration. Viele junge Menschen sind nach Bremen gekommen, darunter
81 unbegleitete minderjährige Geflüchtete, die hochmotiviert sind, die deutsche
82 Sprache zu lernen und eine berufliche Perspektive zu entwickeln. Doch
83 bürokratische Hürden und diskriminierende Debatten erschweren diesen Menschen
84 die Teilhabe an unserer Gesellschaft. Integration gelingt nur, wenn wir gleiche
85 Startbedingungen schaffen – unabhängig von Herkunft oder Wohnort.

86 Es ist unsere Verantwortung, diese jungen Geflüchteten gezielt zu fördern.
87 Sozialarbeiter*innen sollten in Unterkünften präsent sein, um direkte
88 Unterstützung zu leisten, während Mentoring-Programme individuelle Hilfe bieten
89 können. Zudem brauchen die Jugendlichen Zeit und Raum, um Schule, Praktika und
90 Berufsfelder zu erkunden, anstatt sie sofort in den Arbeitsmarkt zu drängen.

91 Integration bedeutet auch, soziale Ungleichheiten zu überwinden. Viele
92 migrantische Familien leben in benachteiligten Stadtteilen mit schlechter
93 Infrastruktur, was ihre Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen erschwert. Wir
94 müssen soziale Wohnangebote und gleichwertige Bildungsangebote in allen
95 Stadtteilen schaffen, um sicherzustellen, dass alle, unabhängig von ihrer
96 Migrationsgeschichte, Zugang zu den gleichen Möglichkeiten haben.

97 Viele migrantische Familien wohnen in benachteiligten Vierteln mit schlechter
98 Infrastruktur. Diese Isolation verhindert Teilhabe. Integration heißt, sozialen
99 Wohnraum und gleiche Bildungsangebote in allen Stadtteilen zu schaffen – für
100 alle, unabhängig von der Migrationsgeschichte.

101 Innere Sicherheit von links

102 Rund 40 % der deutschen Bevölkerung fühlt sich auf den Straßen unsicher. Diese
103 Unsicherheit wird jedoch oft von populistischen und diskriminierenden Debatten
104 über Migration überschattet, die nicht die tatsächlichen Probleme angehen. Statt
105 Lösungen zu präsentieren, die auf Isolation und Verlagerung des Problems
106 basieren, setzen wir uns für eine linke Sicherheitspolitik ein. Unser Ziel ist
107 es, im Dialog mit der Bevölkerung und verschiedenen Organisationen
108 herauszufinden, wie wir politischem und religiösem Extremismus begegnen können,
109 ohne autoritäre Lösungen wie Abschiebeabkommen in Betracht zu ziehen.

110 Ein weiterer wichtiger Aspekt ist der Umgang mit wohnungslosen und von Armut
111 betroffenen Menschen. Die wiederkehrende Rhetorik, dass der Bremer Hauptbahnhof
112 unsicher sei und Obdachlose "weggeräumt" werden müssten, ist nicht nur falsch,
113 sondern auch unethisch. Statt diese Menschen von einem Ort zum anderen zu
114 verdrängen, wollen wir herausfinden, was wirklich hilft, um ihre Lebenssituation
115 zu verbessern und ihnen aus der Notlage zu helfen. Als ein Beispiel kann hier
116 Housing First genannt werden. Wir wollen herausfinden was noch möglich ist und
117 wie wir unterstützen können. Es ist an der Zeit, einen menschenwürdigen und
118 solidarischen Umgang mit all unseren Mitbürger*innen zu finden.

119 Klimaschutz geht nicht ohne sozial

120 Jahrhunderthochwasser und Rekordhitze verdeutlichen, dass der Klimawandel auch
121 in Deutschland angekommen ist. Ein „Bremen von Morgen“ muss nicht nur
122 klimaneutral, sondern auch sozial gerecht sein. Besonders Menschen mit geringem
123 Einkommen sind stark von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen, obwohl sie
124 am wenigsten dazu beigetragen haben. Stadtteile mit struktureller Armut sind oft
125 unzureichend auf die Herausforderungen des Klimawandels vorbereitet, was zu
126 gesundheitlichen Risiken führt.

127 Wir müssen daher herausfinden, welche Veränderungen in den betroffenen
128 Stadtteilen notwendig sind, um den Zugang zu Klimaschutzmaßnahmen zu verbessern.
129 Viele Menschen sind aktuell nicht in der Lage, sich mit diesen Themen
130 auseinanderzusetzen, weil sie entweder keinen Zugang oder nicht die Ressourcen
131 haben, sich um Klimaschutz zu kümmern.

132 Ein zentrales Anliegen bleibt der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV).
133 Wir setzen uns seit Jahren dafür ein, diesen überall und ticketlos zu gestalten.
134 Eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur ermöglicht nicht nur einen besseren
135 Zugang zu klimafreundlichen Verkehrsmitteln, sondern fördert auch die soziale
136 Teilhabe aller Bürger*innen, insbesondere in Stadtteilen, die häufig vom Rest
137 der Stadt isoliert sind.

138 Klimafreundlicher Wohnraum muss bezahlbar sein! Wir fordern, dass alle
139 Bremer*innen Zugang zu modernen, energetisch sanierten Wohnungen haben, ohne
140 dass die Mieten ins Unbezahlbare steigen. Eine soziale Wohnungspolitik heißt:
141 Klimaschutz für alle – unabhängig vom Einkommen. Die Energiewende darf nicht nur
142 Neubauten, sondern muss auch Altbauten in benachteiligten Stadtteilen
143 einschließen, damit sozial gerechter Klimaschutz für alle Realität wird.

144 Allgemeine Organisation

145 Was haben wir vor?

146 Während der Kampagne wollen wir in strukturschwachen Stadtteilen zweimal im
147 Monat Präsenz zeigen, um an der Seite von marginalisierten Personen zu stehen.
148 Inhaltliche Bildungsveranstaltungen passend zu den drängenden Themen im
149 Stadtteil begleiten die politischen Aktionen. Im Juli wollen wir in
150 Veranstaltungen durch die Zusammenfassung der verschiedenen Aktionen und neuen
151 Erkenntnissen herausfinden, was unser “Bremen von Morgen” ist. Hieraus sollen
152 Forderungen für ein Bremen für alle entstehen. Durch Presse- und
153 Öffentlichkeitsarbeit, sowie politische und öffentlichkeitswirksame Aktionen
154 (wie bspw. Plakataktionen) sollen unsere Vorstellungen, Utopien und
155 Problemanalysen in die Bremer Gesellschaft getragen werden.

156 Landesvorstand und Bildungsteam

157 Der Landesvorstand erarbeitet bis Beginn der Kampagne kleine Ideen, wie die
158 Kampagne ausgestaltet werden kann. Dabei erhält er Unterstützung vom
159 Bildungsteam, um die inhaltlichen Workshops vorzubereiten.

160 Aktionstreffen und Aktionsformate

161 Um die Kampagne auszugestalten wollen wir die Aktionstreffen nutzen. Diese
162 sollen an jedem ersten Donnerstag im Monat stattfinden. In dem Treffen sollen
163 Aktionsideen für die Stadtteile erarbeitet werden. Die Organisation der
164 Aktionstreffen und welcher Stadtteil wann vorkommt wird vom Landesvorstand
165 vorgeschlagen. Als öffentliche Aktionsformate können wir uns Diskussionen an
166 Schulen, Plakataktionen, 1:1 Gespräche und Exkursionen vorstellen. Die
167 Erarbeitung der Veranstaltungen soll gemeinschaftlich geschehen und es ist
168 offener Raum für viele verschiedene Ideen dar.

169 Um uns jenseits der Aktionen auch ein Bild von der politischen Stimmung vor Ort
170 zu machen und potentielle Mitglieder zu gewinnen, sollen einige Treffen zur
171 aktuellen politischen Lage in den verschiedenen Stadtteilen ausgerichtet werden.

172 Social Media

173 Das Social Media Team wird unterstützend die Themen und Aktionen auf vor allem
174 Instagram und TikTok präsentieren. Dafür ist eine gute Kommunikation zwischen
175 Bildungsteam, Social Media Team und Landesvorstand essenziell. Eigene
176 Initiativen, Formate und Ideen aus dem Team unterstützen wir, auch mit Blick auf
177 Ziele unserer Social-Media-Arbeit.

178 Bündnisse

179 Im Jahr der Bundestagswahl wollen wir außerhalb der Wahlkampfzeit eine Kampagne
180 durchführen. Für diese Kampagne benötigen wir Bündnispartner*innen, die uns bei
181 Aktionen und Bildungsveranstaltung unterstützen können. Hier ist uns die
182 Zusammenarbeit für die gemeinsame Sache wichtig und nicht die Ergebnisse einer
183 Wahl.

184 Uns ist ein vielfältiges Repertoire an Bündnispartner*innen wichtig. Ob
185 feministisch, klimaneutral, sozial oder gegen Rechts, ist es uns wichtig, als
186 Grüne Jugend breit vernetzt zu sein. Besonders Projekte und Vereine vor Ort in
187 benachteiligten Stadtteilen wollen wir im Fokus nehmen.

188 Bremerhaven

189 Auch in Bremerhaven wollen wir Aktionen machen. Wir setzen uns als Ziele alle 6-
190 8 Wochen Präsenz durch Aktionen und Veranstaltungen in Bremerhaven zu zeigen.